

Newsletter aus Brüssel

14.7.2017, Ausgabe 26

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Starkes Signal zum Schutz der europäischen Stahlarbeitsplätze
- Industriepolitische Strategie: EU-Parlament macht erneut Druck auf Kommission und EU-Länder
- EU und Japan wollen ein gemeinsames Handelsabkommen – Gewerkschaften sind skeptisch
- Für mehr soziale Absicherung und gleiche Rechte von Beschäftigten in Europa
- Estland übernimmt EU-Ratsvorsitz: Digitalisierung im Fokus

Starkes Signal zum Schutz der europäischen Stahlarbeitsplätze

Die Verhandlungen der EU-Institutionen über neue Anti-Dumping-Regeln haben am 12. Juli 2017 begonnen. Im Fokus steht dabei eine verbesserte Methode für Schutzzölle, insbesondere auf Stahlimporte.

Die europäische Stahlbranche steht seit Jahren unter starkem Wettbewerbsdruck. Globale Überkapazitäten und besonders die staatlich subventionierten Billigimporte aus China belasten die Unternehmen und gefährden viele Arbeitsplätze. Um die Stahlindustrie der EU-Länder besser vor unfairen Handelspraktiken zu schützen, beraten Kommission, Parlament und Ministerrat über neue Anti-Dumping-Regeln.

Die Kommission hatte eine neue, länderneutrale Methode zur Berechnung von Antidumpingspannen und zur Bewertung von Marktverzerrungen in Nicht-EU-Ländern vorgeschlagen. Sowohl die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten als auch die Europaabgeordneten sprachen sich für die neue Methodik aus. In ihrer am 5. Juli 2017 festgelegten Verhandlungsposition fordern die Abgeordneten allerdings eine Verschärfung der Kommissionsvorschläge. So sollen zukünftig detaillierte Berichte über die genaue Situation in bestimmten Ländern bzw. Wirtschaftsbereichen als Grundlage für erhobene Schutzzölle und andere Anti-Dumping-Maßnahmen dienen. Dadurch könne ermessen werden, ob dort marktwirtschaftliche oder aber unlautere Bedingungen herrschen. Des Weiteren müssen bei Anti-Dumping-Untersuchungen u.a. die Achtung von internationalen Arbeits- Fiskal- und Umweltstandards berücksichtigt werden, so die Abgeordneten.

Die IG Metall begrüßt die Positionierung des EU-Parlaments. "Wir brauchen in Europa funktionierende Schutzinstrumente in der Handelspolitik, um gute Arbeitsplätze in der Industrie in Europa zu erhalten. Auch für die Beschäftigten der deutschen Stahlbranche

sind neue und effektivere Anti-Dumping-Gesetze von zentraler Bedeutung", betont Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

- Pressemitteilung des EU-Parlaments vom 05.07.2017
- Pressemitteilung des Rates vom 03.05.2017

Industriepolitische Strategie: EU-Parlament macht erneut Druck auf Kommission und EU-Länder

Zum wiederholten Male fordert das EU-Parlament eine gemeinsame industriepolitische Strategie für Europa. Am 5. Juli 2017 wurde eine Resolution im Plenum verabschiedet, die von Kommission und Mitgliedstaaten einen entsprechenden Aktionsplan bis Anfang 2018 verlangt.

Die europäische Industrie ist in vielen Wirtschaftszweigen weltweit führend und für mehr als die Hälfte der Ausfuhren der EU und etwa 65% der Investitionen in Forschung und Entwicklung verantwortlich. Über 50 Millionen direkte und indirekte Arbeitsplätze – das ist jeder fünfte Arbeitsplatz in der Union – hängen von der Industrie ab. Vor diesem Hintergrund, so die EU-Abgeordneten in einer gemeinsamen Resolution, müsse es eine ambitionierte industriepolitische Strategie der EU geben, die globale Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Sektoren erhält und ihre Potenziale, z.B. mit Blick auf Umwelttechnologien, umfassend ausschöpft. Konkret fordert das Parlament von Kommission und Mitgliedstaaten bis Anfang 2018 einen Aktionsplan für eine kohärente, umfassende und nachhaltige Industriepolitik mit dem Ziel einer Reindustrialisierung der EU. Hierzu gehöre es auch, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall Wolfgang Lemb, zuständig für Industriepolitik, bekräftigte die erneuten Forderungen der EU-Abgeordneten: "Wir brauchen für Europa eine gemeinsame und klare Strategie, wie wir die hohe Innovationskraft der europäischen Industrie fördern und in eine nachhaltige Reindustrialisierung investieren, die gute Arbeitsplätze schafft und auf klima- und ressourcenschonende Produktion setzt. Es muss außerdem eine verstärkte Innovationsförderung auch in den Branchen erfolgen, die nicht unbedingt Spitzentechnologie produzieren. Denn ohne die enge Kooperation mit Technologieanbietern im Spitzen- und mittleren Technologie-segment lassen sich keine komplexen Innovationen, etwa im Bereich neuer Antriebs-techniken oder automatisierter Produktionsverfahren, realisieren."

- Resolution des EU-Parlaments

EU und Japan wollen ein gemeinsames Handelsabkommen – Gewerkschaften sind skeptisch

Die EU und Japan haben sich am 6. Juli 2017 grundsätzlich auf ein gemeinsames Freihandelsabkommen verständigt. Im Vorfeld dieser Ankündigung stellte die Friedrich-Ebert-Stiftung den Entwurf eines Arbeitsrechtskapitels für Freihandelsabkommen vor.

Japan ist nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Seit rund vier Jahren verhandeln EU und Japan informell miteinander über ein Wirtschafts-partnerschaftsabkommen (Freihandelsabkommen) und ein Strategisches Partnerschafts-abkommen. Auf dem Gipfeltreffen der beiden Verhandlungspartner, welches unmittelbar vor dem G20-Gipfel (7./8. Juli 2017) stattfand, wurde eine grundsätzliche Einigung über beide Abkommen verkündet. Das sogenannte Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) wäre das bislang größte bilaterale Handelsabkommen der EU.

Laut EU-Kommission soll ein Großteil der Zölle abgeschafft und der japanische Markt insbesondere für wichtige Agrarausfuhren der EU geöffnet werden. Arbeits-, Sicherheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards würden dabei gewahrt und nachhaltige Entwicklung gefördert werden.

Gewerkschaften, Umweltschutz- und Verbraucherschutzverbände beklagten die mangelnde Transparenz der bisherigen Gespräche sowie die noch ausstehende Klärung zur Frage nach dem umstrittenen Investorenschutz. Die EU-Kommission hatte zwar bereits betont, sich vom umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) endgültig verabschiedet zu haben. Eine Einigung mit Japan in diesem Punkt gab es allerdings noch nicht.

Der DGB gibt darüber hinaus zu bedenken, dass Japan bislang nur sechs der acht grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ratifiziert hat. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) stellte am 28. Juni 2017 in Kooperation mit dem Europaabgeordneten Bernd Lange (SPD) im EU-Parlament den Entwurf für ein umfassendes und fortschrittliches Arbeitskapitel für Freihandelsabkommen vor. Laut FES-Vorschlag sollten sich generell die Vertragsparteien zukünftiger Freihandelsabkommen nicht nur zu den IAO-Konventionen bekennen, sondern weit darüber hinaus gehen, und insbesondere bislang häufig unterrepräsentierte Standards zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, existenzsichernden Löhnen und angemessenen Arbeitszeiten festschreiben. Außerdem sollten die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft fortwährend an den Verhandlungen beteiligt werden. Mit Blick auf Streitschlichtungsverfahren schlägt die FES sowohl ein zwischenstaatliches Streitbeilegungsverfahren als auch ein innovatives Kollektivbeschwerdeverfahren vor, welches den Sozialpartnern und Zivilgesellschaft eine direkte rechtsförmige Durchsetzungsmöglichkeit von vereinbarten Arbeitsstandards zuspricht.

- [Weitere Informationen](#)
- [DGB "Klartext" zu JEFTA](#)
- [FES Entwurf Arbeitskapitel für Freihandelsabkommen](#)

Für mehr soziale Absicherung und gleiche Rechte von Beschäftigten in Europa

Das EU-Parlament fordert effektivere Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung. Die Abgeordneten verabschiedeten am 4. Juli 2017 einen entsprechenden Initiativbericht.

Unbefristete Beschäftigungsverträge machen den Großteil der Arbeitsverträge in der EU aus. Nur noch 59% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei in Vollzeit beschäftigt. Hinzu kommen vermehrt atypische Formen der Beschäftigung – vor allem im Zuge der Digitalisierung –, die sich negativ auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben auswirken können, da sie mit unregelmäßigen Löhnen, Arbeitszeiten und Rentenbeiträgen einher gehen. So die ernüchternde Bilanz der Europaabgeordneten in ihrem Bericht über "Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse". Sie fordern

daher verstärkte europaweite Maßnahmen für gerechtere Beschäftigungsverhältnisse mit mehr sozialer Absicherung. Da die EU-Institutionen laut rechtlicher Lage nur Mindestanforderungen für Arbeitsbedingungen festlegen können, sind letztlich die einzelnen Mitgliedstaaten gefragt, ihre jeweiligen Standards für eine höhere Arbeitsplatzqualität aufzustellen. Die Abgeordneten betonen außerdem, dass Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt nicht Zulasten von Arbeitnehmerrechten gehen darf. Von der Kommission fordern die Abgeordneten unter anderem, gemeinsam mit den Sozialpartnern Maßnahmen zur Regulierung neuer Beschäftigungsformen zu ergreifen und die Entsenderichtlinie sowie die Richtlinie über Leiharbeit so zu überarbeiten, dass zukünftig soziale Grundrechte in allen Beschäftigungsformen gewährleistet sind und der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" gilt. Damit unterstützen die Abgeordneten die langjährigen Forderungen von Gewerkschaften europaweit nach mehr sozialer Gerechtigkeit für entsandte Beschäftigte und Leiharbeiter.

• **Initiativbericht des EU-Parlaments**

Estland übernimmt EU-Ratsvorsitz: Digitalisierung im Fokus

Zum ersten Mal hat am 1. Juli 2017 Estland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Im Mittelpunkt soll die digitale Agenda der EU stehen.

Zwar wäre Großbritannien für die EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2017 vorgesehen gewesen, doch wegen der Brexit-Verhandlungen verzichtete das Vereinigte Königreich auf den Vorsitz. Diesen wird nun Estland als nächstes Land in der Reihe übernehmen. Fokus der estnischen Ratspräsidentschaft soll auf den digitalen Technologien liegen. In Estland selbst ist die Digitalisierung weit fortgeschritten, insbesondere mit Blick auf den Breitbandausbau und die Nutzung von Online-Diensten in der öffentlichen Verwaltung. Daher will das baltische Land die Vorreiterrolle in der EU in diesem Bereich übernehmen. Während seiner Präsidentschaft sollen die Maßnahmen der digitalen Binnenmarktstrategie der EU vorangebracht werden.

Unter dem Motto "Einigkeit durch Gleichgewicht" möchte sich Estland außerdem für mehr Einigkeit in der EU einsetzen und zwischen den verschiedenen Interessen vermitteln, v.a. in der Flüchtlingspolitik sowie bei den Brexit-Verhandlungen.

Herausgeber: IG Metall Vorstand

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb

Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*

International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels

Tel: +32 2 218 33-20 **E-Mail:** newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand